

Pressemitteilung

Studie: Finanztransaktionssteuer erhöht gesamtwirtschaftliche Risiken Effektive Steuerbelastung von mehr als 15 Prozent / Verschlechterung des Produktangebots für Unternehmen und Privatanleger

Frankfurt a.M., 26. April 2012

Die von der Europäischen Kommission vorgeschlagene Finanztransaktionssteuer würde bei bestimmten Optionen zu einer Steuerbelastung von mehr als 15 Prozent des Optionswerts führen. Das ist das zentrale Ergebnis einer Studie, die Prof. Dr. Christian Koziol, Inhaber des Lehrstuhls für Finance der Eberhard Karls Universität Tübingen, im Auftrag des Deutschen Derivate Verbands (DDV) erstellt hat. Die Studie zeigt, wie sich eine Finanztransaktionssteuer auf Optionsmärkte auswirkt, die bei Transaktionen sowohl für die Käuferseite als auch für die Verkäuferseite formal nur 0,01 Prozent des Kaufpreises beträgt. Die tatsächlichen Gesamtkosten für institutionelle Anleger wurden modelltheoretisch anhand der in der Finanzpraxis häufig angewendeten Delta-Hedge-Strategie ermittelt.

Negative Auswirkungen für Wirtschaftsunternehmen und Privatanleger

Prof. Koziol erklärt die praktischen Folgen der unbeabsichtigt hohen Steuerbelastung: „Sowohl Banken wie auch Wirtschaftsunternehmen müssten im Fall einer Finanztransaktionssteuer zusätzliche Risiken eingehen, die ohne diese Steuer nicht entstehen würden. Auch für private Anleger würde sich das vielfältige Angebot an Produkten mit einer Optionskomponente wie Bundesschatzbriefe, Bausparverträge, Anlagezertifikate und Hebelprodukte deutlich verschlechtern. Es ist davon auszugehen, dass viele Wertpapier-Emittenten ihr Angebot für Privatanleger verteuern, teilweise einschränken oder sogar einstellen. Damit aber verschlechtern sich zwangsläufig die Anlagemöglichkeiten privater Anleger.“

„Die Ergebnisse der Studie übertreffen unsere Befürchtungen. Die Finanztransaktionssteuer bestraft eben nicht die Verursacher der Finanzkrise, sondern die Realwirtschaft und die Privatanleger. Auch das Ziel der sozialen Gerechtigkeit wird verfehlt, und die neue Steuer macht die private Altersvorsorge für Anleger noch schwieriger“, so Dr. Hartmut Knüppel, geschäftsführender Vorstand des DDV.

Steuer schafft falsche Anreize

Die Studie analysiert drei zentrale Auswirkungen der Finanztransaktionssteuer auf Optionsmärkte. Als erstes ermittelt sie die Gesamtbelastung der Steuer für institutionelle Anleger anhand der Delta-Hedge-Strategie. Hieraus ergeben sich als zweite Auswirkung problematische Anreize für institutionelle Anleger. Diese wirken sich zum Dritten auf weitere Finanzmärkte und Wirtschaftsbereiche aus. Hierzu zählt auch der Zertifikatemarkt.

Der Studie zufolge sind von den enormen Mehrkosten der Steuer zum einen Terminmärkte für institutionelle Anleger wie Banken, Versicherungen, Pensionskassen oder Industrieunternehmen unmittelbar betroffen. Sie nutzen standardisierte Optionskontrakte, um geschäftliche Risiken wie Währungsschwankungen zu verringern oder auszuschalten.

Zum anderen treffe eine Finanztransaktionssteuer indirekt auch die Produktangebote für private Anleger, da Optionen häufig wesentliche Bestandteile vieler gängiger Anlageprodukte für Privatanleger sind. Hierzu gehören beispielsweise Kapitallebensversicherungen, offene Fonds, Exchange Traded Products (ETFs), aber auch Bausparverträge und nicht zuletzt auch Schuldverschreibungen wie Anlagezertifikate und Hebelprodukte.

Mehr statt weniger Risiken für die Gesamtwirtschaft

Für Banken und Industrieunternehmen, die als Nachfrager von Optionen diese zur Risikosteuerung benötigen, verteuern sich durch die Finanztransaktionssteuer die Absicherungskosten massiv. Das würde bei vielen zum Verzicht oder zumindest zu einer Einschränkung der Absicherung führen. Damit gingen sowohl Banken als auch Wirtschaftsunternehmen zusätzliche Risiken ein, und insgesamt würden sich die Risiken für die Gesamtwirtschaft erhöhen.

Der Deutsche Derivate Verband (DDV) ist die Branchenvertretung der 17 führenden Emittenten derivativer Wertpapiere in Deutschland, die etwa 95 Prozent des deutschen Zertifikatemarkts repräsentieren: Barclays, BNP Paribas, Citigroup, Commerzbank, Deutsche Bank, DZ BANK, Goldman Sachs, HSBC Trinkaus, HypoVereinsbank, J.P. Morgan, LBBW, MACQUARIE, Royal Bank of Scotland, Société Générale, UBS, Vontobel und WestLB. Zehn Fördermitglieder, zu denen die Börsen in Stuttgart und Frankfurt, Finanzportale und Dienstleister zählen, unterstützen die Arbeit des Verbands.

www.derivateverband.de

Geschäftsstelle Berlin, Pariser Platz 3, 10117 Berlin

Geschäftsstelle Frankfurt, Feldbergstr. 38, 60323 Frankfurt a.M.

Bei Rückfragen:

Barbara Wiesneth, Referentin für Öffentlichkeitsarbeit

Tel.: +49 (69) 244 33 03 – 70, Mobil: +49 (172) 724 21 53, wiesneth@derivateverband.de